

REGION

Steuern runter

Finanzdirektorin Barbara Janom Steiner kündigt Steuersenkungen an – allerdings nur für Unternehmen. Die Bündner Regierung spricht von einem Impulsprogramm, die Gegner von einem Steuergeschenk. **SEITE 3**



Der Steuerwettbewerb verschärft sich

Die Bündner Regierung will die Steuerbelastung für Unternehmen von heute 16,7 schrittweise auf höchstens noch 15 Prozent senken. Damit ist der Steuerwettbewerb rund um die Unternehmenssteuerreform III jetzt auch in Graubünden angekommen.

von Stefan Biscum

Barbara Janom Steiner (BDP) hat gestern an der Medienkonferenz zur Präsentation des kantonalen Budgets 2017 einen erholten Eindruck gemacht. Den letzten Medienauftritt hatte die Finanzdirektorin wegen einer Lungenembolie noch verpasst, davon hat sie sich nach eigenen Angaben aber recht gut erholt. Mehrheitlich gesund sind auch die finanziellen Kennzahlen des Kantons Graubünden, die Janom Steiner gestern präsentierte (siehe Artikel unten).

Die aktuelle Finanzlage ist so solid, dass die Regierung die Gewinnsteuer für juristische Personen von 16,7 auf 16,1 Prozent senken möchte. Sofern das Kantonsparlament in der Budgetdebatte im Dezember der Exekutive folgt, würde die Senkung ab 2018 wirksam. Dem Kanton würden dadurch rund 8,3 Millionen Franken Steuereinnahmen entgehen. Gemeinden und Landeskirchen einberechnet, würde der Steuerausfall insgesamt total zwölf Millionen Franken betragen. «Die Regierung will den Unternehmen wegen der gegenwärtig schwierigen wirtschaftlichen Situation sowie aufgrund einer soliden finanziellen Lage einen Impuls geben», sagte Janom Steiner.

Weitere Steuersenkungen geplant

Die Senkung der Gewinnsteuer von 16,7 auf 16,1 Prozent soll unabhängig vom Ausgang der Volksabstimmung zur Unternehmenssteuerreform III (USR III), die am 12. Februar 2017 stattfindet, umgesetzt werden. Anders sieht es bei der zweiten geplanten Steuerfussreduktion für juristische Personen aus. Bereits gestern kündigte Janom Steiner nämlich an, bei einer allfälligen USR-III-Umsetzung die Gewinnsteuer für Bündner Unter-



«Impuls für die Wirtschaft»: Finanzdirektorin Barbara Janom Steiner macht zusammen mit Andrea Seifert (links) und Ernst Meier von der Finanzverwaltung Vorschläge für Steuersenkungen.
Bild Yanik Bürkli

Kantone senken Steuern

Ordentliche Gewinnsteuersätze für Unternehmen (Maximum in %)

	in		in		
	Aktuell	Zukunft*	Aktuell	Zukunft*	
GR	16.7	15	TG	16.4	13.4
ZG	14.5	12	VD	21.65	13.79
SH	16	12	BL	20.7	14
NW	12.66	12.66	NE	22.18	15.61
GE	24.2	13.49	BE	21.6	16.37
FR	19.86	13.72	TI	20.67	17.47
BS	22	13	ZH	21.1	18.2

* Angekündigt, geplant und schon beschlossen.

Quelle: Bundesverwaltung, Grafik: Südostschweiz

men ab Steuerjahr 2019 nochmals auf «sicher unter 15 Prozent» senken zu wollen. «Wir wollen bei der Steuerbelastung im vorderen Mittelfeld der Kantone bleiben.»

Graubünden ist nicht der erste Kanton, der im Zusammenhang mit der USR III Pläne für Steuersenkungen präsentiert. Gemäss einer Übersicht, welche die Bundesverwaltung Anfang Oktober präsentierte, haben diesbezüglich schon 13 Kantone vorgelegt (siehe Grafik). Gemäss Berechnungen der «Neuen Zürcher Zeitung» dürfte der Schweizer Durchschnitt der Gewinnsteuersätze künftig bei rund 15 Prozent liegen – weit unter dem bisherigen Mittel von 21 bis 22 Prozent. Graubünden würde demnach genau im Mittelfeld landen,

hielte sich die Regierung an das von ihnen vorgegebene Minimalziel.

16 Millionen Steuerausfall

Der Kanton allein rechnet bei einer Senkung der Gewinnsteuer auf 15 Prozent im Vergleich zu heute mit mindestens 16 Millionen Franken Steuerausfall. Sollte der Steuerfuss gar auf 13 oder zwölf Prozent gesenkt werden, wären nach Berechnungen der Regierung mit Steuerausfällen zwischen 50 und 60 Millionen Franken zu rechnen.

Gemäss Janom Steiner ist eine Senkung auf 15 Prozent durch die Finanzplanung abgedeckt. «Über weitere Senkungen können wir diskutieren, wenn wir mögliche Entlastungsmassnahmen

analysiert haben.» Viel Spielraum wird es dafür kaum geben. Denn ab 2020 geht der Finanzplan von einem Defizit von knapp 100 Millionen Franken aus. Neben der Umsetzung der USR III schenken auf der Ertragsseite insbesondere Anpassungen beim nationalen Finanzausgleich sowie die Entwicklung der Wasserzinsen ein. «Wir beabsichtigen, bis 2019 Entlastungsmassnahmen vorzunehmen, ein eigentliches Sparpaket ist nicht vorgesehen.» In welchem Umfang ab 2020 konkrete Sparmassnahmen ergriffen werden müssen, liess Janom Steiner gestern offen. Steuererhöhungen für natürliche Personen seien als Kompensationsmassnahme aber nicht vorgesehen, wie die Finanzministerin auf Anfrage erklärte.

Kritik von SP und CVP

Das Referendum gegen USR III wurde von der SP Schweiz eingereicht. Die SP Graubünden zeigte gestern in einer Stellungnahme denn auch wenig Verständnis für die Ankündigung der Bündner Regierung, noch vor dem Volksentscheid «in vorauseilendem Gehorsam» mit einer Steuersenkung auf die USR III zu reagieren. «Mit Blick auf wichtige Investitionen und eine mögliche Entlastung der breiten Bevölkerung in Graubünden sollte sich die Regierung besser gegen die schädliche und überladene Vorlage USR II wehren», schreibt die SP in einer Mitteilung.

Auch die CVP äusserte sich kritisch zur angekündigten Steuersenkung. Zum einen findet auch die CVP, dass für einen solchen Schritt die USR-III-Abstimmung im Februar abgewartet werden müsse. Zum anderen, so die CVP, müsse schon die Frage gestellt werden, weshalb lediglich juristische Personen von einer Steuersenkung profitieren sollten.

Geldsegen für die Wirtschaft

Der Voranschlag des Kantons Graubünden rechnet mit einem 20-Millionen-Loch in der Staatskasse. Trotzdem soll kräftig investiert werden.

von Dario Morandi

Im nächsten Jahr wird der Kanton Graubünden mehr als nur kräftig investieren. Regierungsrätin Barbara Janom Steiner stellte gestern bei der Präsentation des Voranschlags 2017 in Chur jedenfalls «rekordhohe Investitionen» in Aussicht. Netto (ohne Bundessubventionen) sind es knapp 274 Millionen Franken, die der Wirtschaft aus der Bündner Staatskasse zufließen werden, 26 Millionen Franken mehr als im Vorjahr. Die finanzielle Lage des Kantons, der etwa 430 Millionen Franken an flüssigen Mitteln auf der hohen Kante hat, lässt dies zu, wie die Finanzministerin versicherte. Dies gilt auch für die Senkung der Unternehmensbesteuerung, die für 2017 geplant ist (siehe Artikel oben).

Negativsaldo von 120 Millionen

Das erneut gesteigerte Investitionsvolumen dient gemäss Regierungsrätin Janom Steiner der Ankurbelung der Wirtschaft. Es sei als «Impulsprogramm» zu verstehen, sagte sie.

Aber nicht eines, das nur ein Jahr andauern wird: Janom Steiner will das «überdurchschnittlich hohe Investitionsvolumen» bis nach 2020 halten. Zugute kommen die Gelder hauptsächlich dem Hoch- und Tiefbau sowie den Bereichen Wald und Wirt-

schaftsentwicklung. Die Investitionsfreude hat aber auch ihre Schattenseite: Der Selbstfinanzierungsgrad beträgt bei einem Negativsaldo von 120 Millionen Franken gerade mal noch 56,3 Prozent.

Gebietsreform kostet Geld

Das Budget weist bei einem Ertrag von 2,334 Milliarden und einem Aufwand von 2,455 Milliarden Franken ein Defizit von 20,1 Millionen Franken aus. Das sind rund 30 Millionen Franken weniger, als für das laufende Jahr prognostiziert wurden. Die roten Zahlen sind gemäss Regierungsrätin Janom Steiner und Andrea Seifert, Chef der kantonalen Finanzverwaltung, unter anderem auf steigende Kosten im Gesundheits-, Sozial- und Asylwesen sowie beim Personalaufwand zurückzuführen. Letzterer dürfte unter anderem wegen der Umsetzung der Gebietsreform um 4,2 Prozent auf 384

Millionen Franken ansteigen. Ausserdem schüttet der Kanton im Rahmen des Finanzausgleichs 40 Millionen Franken an die Gemeinden aus, zehn Millionen mehr als bisher.

Grundsätzlich seien die Finanzen aber im Lot, so Janom Steiner. Ein Sparprogramm sei trotz des Defizits nicht angezeigt, wohl aber eine «rigorose Ausgaben- und Budgetdisziplin». Im Voranschlag 2017 widerspiegeln sich genau diese «aktive Finanz- und Steuerpolitik der Regierung».

Einnahmen gehen zurück

Für die Jahre 2018 und 2019 sieht die Finanzdirektorin zwar verbesserte wirtschaftliche Perspektiven. «Danach sind die Aussichten aber düster.» Unter anderem, weil sich ihrer Meinung nach eine «Wachstumsschere» öffnet. Janom Steiner rechnet mit einer durchschnittlichen Zunahme des Aufwands um 1,6 Prozent, währenddessen sich die Einnahmen um gerade mal ein halbes Prozent erhöhen. Dazu gesellen sich Unwägbarkeiten wegen der Diskussion um den Wasserzins oder die Unternehmenssteuerreform III. Eine Steuererhöhung ist aber trotzdem nicht geplant. Der Grosse Rat habe der Regierung klar signalisiert, dass er dies nicht wolle, sagte Janom Steiner. Ein Sparprogramm hält sie hingegen aber für möglich.

Nach wie vor stark gefordert

Tiefe Steuern und höhere Investitionen sind ein Anfang. Gelöst ist das Problem damit aber nicht.

Ein Kommentar von Dario Morandi, Regionalredaktor



Die Ankündigung von Regierungsrätin Barbara Janom Steiner, im nächsten Jahr rekordverdächtige 274 Millionen Franken investieren zu wollen und gleich noch die Unternehmenssteuern zu senken, dürfte in der Bündner Wirtschaft mit Freude aufgenommen worden sein. Klar: Das letzte Wort hat der Grosse Rat. Aber mithilfe der bürgerlichen Mehrheit können das Investitionspaket und die Steuersenkung im Parlament durchgedrückt werden. Letzteres auch gegen den Willen der Sozialdemokraten, die lieber ein flächendeckendes Steuergeschenk gehabt hätten, als bloss erneut die Unternehmen zu entlasten.

Die Regierung liegt mit ihren Vorschlägen im Zusammenhang mit dem Budget 2017 richtig. Denn was die Wirtschaft in Zeiten wie diesen dringend braucht, ist ein Impulsprogramm. Ob man die Vorschläge gleich

so bezeichnen kann? Zumindest ansatzweise. Für ein Impulsprogramm, das diesen Namen auch verdient, braucht es jedoch mehr: Tiefere Steuern und höhere Investitionen sind zwar ein schöner Anfang. Sie allein reichen aber nicht aus, um der Wirtschaft nachhaltig auf die Beine zu helfen. Es bedarf noch weiterer Massnahmen. Und da wären wir einmal mehr bei der Eindämmung der überbordenden Regulierung und der Bürokratie. Genau da sind der Staat und die Politik nach wie vor stark gefordert. Denn nur wenn Unternehmerinnen und Unternehmer ein freundliches Umfeld vorfinden, sind sie auch bereit, in Graubünden zu investieren.

Ob die wirtschaftlichen Aussichten ab 2020 tatsächlich so düster sind, wie die Finanzministerin glaubt, muss sich erst noch zeigen. Mit einem prognostizierten Wachstum des Bruttoinlandprodukts von 1,5 Prozent ist in Graubünden in der Tat kein Staat zu machen. Es zeigt aber immerhin, dass sich der Himmel etwas aufzuheben beginnt.

Und wenn man im Finanzdepartement ab 2020 schon mit Defiziten an der 100-Millionen-Franken-Grenze rechnet, sollte man rechtzeitig am Steuer drehen. Eine Analyse über die Befindlichkeit der Verwaltung hat die Regierung dafür bereits in Auftrag gegeben, wie Janom Steiner gestern sagte. Das ist gut so. Vielleicht lässt sich damit der Staatshaushalt auf noch stürmischeren Zeiten vorbereiten.

@ Kontaktieren Sie unseren Autor: dario.morandi@sonmedia.ch